

Wiener Zeitung

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag früh.

Schriftleitung und Verwaltung: Presernova ulica Nr. 5. Telefon 21. — Anzeigen nimmt die Verwaltung gegen Berechnung billiger Gebühren entgegen. — Bezugspreis: Vierteljährig K 24.—, halbjährig K 48.—, ganzjährig K 96.—. Fürs Ausland entsprechende Erhöhung. — Einzelne Nummern 1 Krone.

Nummer 45

Donnerstag den 10. Juni 1920

2. [45.] Jahrgang

Besoldungssteuer.

Nach dem geltenden Personalsteuergesetz haben die Empfänger von Dienstbezügen, welche den Jahresbetrag von 6400 Kronen erreichen oder übersteigen, neben der Einkommensteuer auch eine Besoldungssteuer zu entrichten, welche letztere mit einem Prozentsatz von 0.4% bei einem Einkommen bis 8000 Kronen beginnt und sodann stufenmäßig bis 6% des Einkommensbetrages steigt. Zu dieser Staatssteuer kommen noch die bezüglichen Landes-, Bezirks- und Gemeindevumlagen, welche durchschnittlich über 200% der Staatssteuer ausmachen. Diese Besoldungssteuer hatte bei den Einkommensverhältnissen, wie sie im Frieden bestanden, jedenfalls eine Berechtigung, heute jedoch stellt sie sich als eine große Ungerechtigkeit gegenüber den Festbesoldeten dar.

Vor dem Kriege waren Jahreseinkommen an Dienstbezügen im Betrage von 24.000 Kronen eine große Seltenheit; Einkünfte von solcher Höhe bezogen einzelne Direktoren großer Unternehmungen, während Handelsangestellte, welche heute zum Teile über größere Einkommen verfügen, durch die Besoldungssteuer nicht betroffen wurden. Von einem Dienst-einkommen von 24.000 Kronen beträgt die Einkommensteuer rund 1200 Kronen, die Besoldungssteuer 1200 Kronen, die Umlagen hiervon rund 2640 Kronen, sodaß ein solcher Angestellter jährlich eine Steuer von 5040 Kronen, also monatlich 420 Kronen oder 21% seines gesamten Einkommens zu entrichten hat.

Dadurch sind die Angestellten schlechter gestellt als die freien Berufskreise.

Dieses Beispiel wirft ein grelles Licht auf die unsoziale Art unserer Steuerpolitik. Während bei der Kriegsgewinnsteuer für das Jahr 1919 die Stufen nicht mehr nach Kronen, sondern nach Dinar berechnet werden, erfolgt die Berechnung der Steuerstufen bei der Besoldungssteuer noch immer in Kronen, sodaß beispielsweise der erhöhte Steuersatz

von 5% bereits Einkommen aus Dienstbezügen von über 20.000 Kronen trifft. Es wäre ein Gebot der Billigkeit und Gerechtigkeit, wenn schon nicht mit dem Grundsatz der Besteuerung von Dienstbezügen, welche ohnehin für die betreffenden Angestellten ein Existenzminimum darstellen, überhaupt gebrochen werden soll, zumindest anzuordnen, daß auch die einzelnen Einkommensstufen, die für die Besoldungssteuer maßgebend sind, nicht nach Kronen, sondern nach Dinar berechnet werden, sodaß mithin die unterste Stufe, von welcher eine Besoldungssteuer von 0.4% zu entrichten ist, nicht bis 8000, sondern bis 24.000 Kronen, die nächste Stufe statt bis 9000, bis 36.000 Kronen beträgt usw.

Die Deffentlichkeit ist über die Höhe dieser Besoldungssteuer, welche vor dem Kriege keine besondere Rolle spielte, zu wenig orientiert; weder die Dienstgeber, noch die Dienstnehmer haben im allgemeinen Kenntnis von den gewaltigen Beträgen, die hierbei in Betracht kommen, sodaß die Beteiligten unliebsame Ueberraschungen erleben dürften, wenn ihnen später diese Steuer, mit der keiner von ihnen bisher gerechnet hat, vorgeschrieben werden wird.

Nach dem Gesetze ist die Steuer zwar vom Dienstgeber zu entrichten, doch hat dieser das Recht, falls andere Vereinbarungen nicht vorliegen, die Steuerbeträge Angestellten auf die zu überwälzen; eine solche Überwälzung wird allerdings wegen der Höhe der in Frage kommenden Beträge in der Mehrheit der Fälle überhaupt nicht oder nur zum Teile durchführbar sein.

Die Krise im Wiener Zeitungsgewerbe.

Die durch die andauernde Papierübersteuerung ausgebrochene Krise im Zeitungsgewerbe Wiens, das gegenwärtig gerade noch die Hauptstadt von Niederösterreich ist, hält unvermindert an und

äußert sich in einem allmählichen Zusammenbruch des vor wenigen Jahren noch so mächtigen Baues der Wiener liberalen Presse. Die Krise wurde bereits von mehreren Tagesblättern zu einer — man möchte fast sagen, willkommenen — Gelegenheit zur Einstellung ihres Erscheinens benützt, welche angesichts der vollkommen veränderten, politischen Sachlage ohnehin eine bloße Zeitfrage gewesen wäre. Durch den Zusammenbruch der Monarchie und das dadurch ganz plötzlich radikal verkleinerte Absatzgebiet der hauptstädtischen Wiener Presse war der stetige, unaufhaltbare Abbröckelungsprozeß aller jener Kräfte, die in der alten Monarchie die herrschende Meinung in alle im Reichsrat vertretenen Länder sowie nach den Ländern der ungarischen Krone verbreiteten eine Selbstverständlichkeit geworden. Die liberale Presse, eine mit der Entwicklung des Wiener Intellektuellentums im engen Zusammenhange stehende Spezialität des Franzisko-josephinischen Zeitalters, wurde naturgemäß am allerschwersten von der Zerkümmern der Monarchie betroffen und so kam es, daß neben der kurzlebigen, nationaldemokratischen (also asemitischen) „Republik“, einem Nachmittagsblatt, im Laufe des Frühjahres in ganz kurzen Zwischenräumen „der neue Tag“, die Nachfolgerin des offiziellen „Fremdenblattes“ und der täglich erscheinende „Morgen“, der an die Stelle der bereits früher eingegangenen „Zeit“ getreten war, ihr Erscheinen einstellen. Verschiedene Ursachen wirkten an dem Zusammenbruche mit: die Papierpreise, der — es ist trotz aller Widersprüche doch so — Abonnentenmangel und die allgemeine Teuerung aller Bedarfsartikel, die sich in den Anschaffungen und in den Angestelltenlöhnen so verderblich äußern.

Beide gehörten der deutschfreisinnigen, liberalen Richtung an, die durch die neue Zeit und ihre Lehren im Publikum jeden Halt verlor.

Noch bei den letzten Wahlen in die Nationalversammlung hatte man Gelegenheit, den riesigen publizistischen Apparat, den die Liberalen jeder Partei-

Schicksal.

Von Hans Bauer.

Dr. Emanuel Zeidler ist in die Blonde Lotte von Gerolds lächerlich stark verliebt. Sein Schüler von der Zeichenakademie hat ihn für einen Teenachmittag einmal zu sich geladen gehabt. Zeidler hatte erst gar nicht annehmen wollen. Denn nicht wahr: wenn Lehrer von ihren Schülern eingeladen werden, dann ist damit nicht selten die ergebene Bitte um besondere Berücksichtigung und kräftige außerordentliche Förderung ausgesprochen. Aber Dr. Zeidler war doch schließlich gekommen und hatte es nicht zu bereuen. Die Zeichnungen, mit denen Gerold ihm aufwartete, konnten seine Bewunderung zwar nicht sonderlich erregen, aber Gerolds Schwesterchen schien ihm dafür um so bewunderungswürdiger.

Lotte nahm mit Befriedigung den Eindruck wahr, den sie auf der Lehrer ausgeübt hatte. Er gefiel ihr zwar nicht, der kleine, dicke Herr — aber er hatte ein gewichtiges Wort im künstlerischen Leben der Stadt zu sprechen, und wenn er sich für den Bruder tüchtig ins Zeug legte, dann bildete er für den ein mächtiges Sprungbrett. Ach! Und das sehnte Lotte herbei, daß Gustav einmal ein Großer würde, ein anerkannter Maler, ein Künstler, von dem man sprach. Dazu brauchte er den Doktor. Also, meinte Lotte, daß man den nicht vor den Kopf stoßen dürfe, und

wenn er noch dicker und noch kleiner wäre. Und so hatte ihm Lotte beim Teenachmittag Lokett zugeschminkt und einige Verheißung in ihre Blicke gelegt. Damit Gustav Protektion habe.

Zeidler wieder meinte seit jenem Nachmittage, daß er auch bei den schlechtesten Zeichnungen Gustavs eine gewisse Zurückhaltung in der Kritik bewahren müsse, damit Gustav Gerold die Malerei nicht satt bekomme, damit er ihn gelegentlich wieder einmal zu sich lade, damit er seine Schwester wiedersehe. Zeidler fühlte, daß die Kraft seiner Erscheinung und Persönlichkeit bei Lotte nicht durchschlagend wirkte, daß er also der Protektion Gustavs bedürfe, und wenn der noch so miserabel zeichnete.

Aber alle Mühen Zeidlers waren im vorhinein aussichtslos. Denn Lotte hatte sich bereits vergeben: an einen Klubbekannten Gustavs, der häufig bei Gerolds verkehrte, einen jungen, hochgeschossenen, badenbärtigen, lieben Kerl, der nur leider nicht aus Zuneigung zu Lotte dieser den Hof machte, hatte er doch die für Lotte peinliche Gemütseigentümlichkeit, die Blondes nicht ausstehen zu können, sondern aus Liebe zu seines Freundes Gustav Geldsack, den er bereits um 2500 Mark erleichtert hatte, ohne sich bisher etwelchen Aufschluß darüber gegeben zu haben, wie er das Geld jemals zurückzahlen gedenke. Karl Schneider hing also von Gustav ab und da dachte er so: eine Schwester hat immer

Einfluß auf den Bruder und wenn mir schon die Blondes nicht gefallen — man muß Konzessionen machen. Man muß so tun können, als ob. Einmal kann ich schließlich bezahlen. Dann ist noch früh genug zum Abschwenken.

So henschelte der Doktor für Gustav Interesse,

Und die Lotte für den Doktor.

Und der Karl für die Lotte.

Und der Doktor wollte die Lotte.

Und die Lotte wollte den Karl.

Und der Karl wollte Kredit.

Und der Gustav ein Künstler werden.

Aber der Gustav ist niemals ein Künstler geworden. Protektion allein macht's eben nicht.

Und der Karl ist von Gustav nach Jahresfrist verklagt worden. Den Hof immer nur machen, genügt eben nicht.

Und die Lotte hatte den Karl nicht gekriegt. Einen reichen Bruder zu haben, ist für die Liebe eben nicht genug.

Und der Doktor hatte die Lotte nicht bekommen. Ein großer Mann zu sein, reicht eben bei den Weibern nicht aus.

Da sind die vier ihre Strafe allein gezogen und haben getan, was man in diesen Fällen am besten tut: sie schimpfen müderlich auf einander.

nuancierung (zu ihrem Unglücke waren sie in fünf Parteien geteilt) in der Wiener Presse entfaltet, wahrzunehmen. Daß sich trotz alledem das Ergebnis, auf ein Mandat in Wien bezifferte, war ein Urteilspruch, der langsam, aber unerbittlich von den Verhältnissen durchgeführt wurde.

In diesen Zusammenhang gehören auch jene Gerichte, die über den Ankauf von Wiener Blätterkonzernen, der „Elbemühl“ und der „Steyrermühl“, berichten. Die Wahrheit dieser Meldung kann man ruhig dahingestellt sein lassen. Niemand wird sich jedoch der Tatsache verschließen können, daß für „Ausländer“, die den Geist der Zeit und ihres reiferen Publikums ebenso erfaßt haben, wie sie die Sterilität der feuilletonistischen Wiener Blätter erkennen, der Gedanke, eine Reihe von Blättern in den Dienst einer neuen, fruchtbareren Publizistik zu stellen, etwas Bestrickendes haben mag.

Hervorzuheben sei noch, daß an diesem Niederbruche auch die sozialdemokratische Partei, die an der Existenz jener Presse heute so gut wie kein Interesse mehr nimmt, ihr Teil trägt, indem sie als mächtigste Regierungspartei die ganz offenkundige Papierhauffe zu einer Zeitungsbaiffe ausreißt. Daß diese Baiffe ihre schrecklichen Folgen auch auf das Personal dieses Gewerbes und seine moralische Verfassung ausstrahlt, ist ja „bloß“ eine Teilerscheinung in dem von der westlichen Orientierung so „begünstigten“ Wien.

Politische Rundschau.

Inland.

Gründende Hauptversammlung des Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes.

Sonntag, den 20. Juni, findet in den Räumlichkeiten des Schützenvereines in Neusäß, Futolergasse, um 9 Uhr vormittags die gründende Hauptversammlung des Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes statt. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Wahl des Vorsitzenden, 2. Bericht des Gründungsausschusses, 3. Verlesung der Satzungen, 4. Wahl des ersten Bundesauschusses und 5. Allfälliges. Zutritt haben alle Deutschen jugoslawischer Staatsangehörigkeit, ohne Unterschied des Alters, Standes oder Geschlechtes.

Der Verfassungsentwurf des Ministers Stojan Protic in großserbischer Beleuchtung.

Die Belgrader Zeitung Balkan bekämpft den Verfassungsentwurf des Ministers Protic, weil er nicht nur auf die Dezentralisierung abziele, sondern direkt gegen Serbien gerichtet sei. Der Entwurf entspricht nicht den Wünschen Montenegros und der Batscha, welche eine Verschmelzung mit Serbien in ein einziges Königreich anstreben. Das Blatt wendet sich besonders gegen jene Bestimmungen des Verfassungsentwurfes, welche den Landeshauptstädten Laibach und Agram, die niemals selbständig waren, eine besondere Stellung zuerkennen, nicht aber Cetinje, welches die Hauptstadt eines selbständigen und unabhängigen Staates war.

Kredite für Montenegro.

Das Finanzministerium hat einen Kredit im Betrage von 1 Million Dinar für den Ankauf von Groß- und Kleinvieh für Montenegro genehmigt; ferner 2 Millionen Dinar für die Anschaffung von Lebensmitteln und 8 Millionen Dinar für die Erwerbung von Lastautomobilen, welche die Verpflegungs- und andere Bedarfsartikel nach Montenegro befördern sollen. Ferner soll ein Betrag von 11 Millionen Dinar an Gehältern und Ruhegehältern für die montenegrinischen Beamten ausbezahlt werden, welche seit der österreichischen Besetzung keinerlei Bezüge erhalten haben.

Die Ueberreste der Sarajewoer Attentäter.

In Möllersdorf wurden vor kurzem die Leichen der im Jahre 1916 im dortigen Gefängnis gestorbenen Sarajewoer Soldaten Nedja und Mirza Kerovic und Jakob Milovic enterdigt. Sie wurden nach Theresienstadt überführt, von wo sie anlässlich des jugoslawischen Sololenausfluges zugleich mit den Ueberresten der Hauptattentäter Princip, Gabrinovic und Grabez nach Sarajewo gebracht werden sollen.

Räuberbanden in Südbosnien.

In der Nähe von Prisrend, haben Räuberbanden vier Reisende und zwei Gendarmen erschlagen. Alle Frauenspersonen, welche sich ohne männlichen Schutz auf der Straße zeigten sind beraubt worden. In Prisrend getraut sich wegen der Räuberbanden niemand mehr aus der Stadt. Ähnliche Verhältnisse herrschen in ganz Südbosnien. Der Ministerrat hat sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und zweckdienliche Maßnahmen zur Unterdrückung des Räuberwesens verfügt.

Millionenspende für die Laibacher Technik.

Fürst Karl Auerberg hat eine Million Kronen für die slowenische Technik in Laibach gespendet. Als Gegenleistung wurde ihm, wie Naprej meldet, sein mehrere Millionen Kronen betragendes Gelddepot in Laibach, das unter Sperre stand, zur freien Verfügung gestellt.

Ausland.

Kolonie Deutschösterreich.

Die deutschösterreichische Regierung hat von der Pariser Reparationskommission die Ermächtigung erhalten, Schatzscheine zu emittieren, für die der gesamte Besitz und alle Einnahmsquellen Deutschösterreichs an erster Stelle haften werden. Diese Schatzscheine werden am 1. Jänner 1925 im Gelde des Gläubigers rückzahlbar und mit 6% verzinsbar sein. Die deutschösterreichische Sektion der Reparationskommission behält sich vor, die Monopole und Kunstgegenstände, den Besitz des ehemaligen Kaiserhauses, sowie die flüchtig gemachten Aktiven der deutschösterreichischen Regierung zu kontrollieren und zu verwalten, gegebenenfalls auch die Einhebung von Steuern, Lizenzen und Gebühren in die Hand zu nehmen und die Verwendung der erzielten Einnahmen zu überwachen. Durch diese Maßregel ist Deutschösterreich, dessen Selbständigkeit die Entente-Staaten im Vertrage von St. Germain garantiert haben, in das Hörigkeitsverhältnis einer Kolonie herabgesunken, mit einer Scheinregierung und einem Scheinparlamente.

Unterzeichnung des ungarischen Friedensvertrages.

Die magyarische Friedensdelegation hat am 4. Juni in Paris den Friedensvertrag unterzeichnet. Am gleichen Tage war in Budapest die Nationalvertretung zu einer Sitzung versammelt. Der Präsident Ratovsky machte die Abgeordneten auf den schicksalsschweren Augenblick aufmerksam und erklärte unter großer Erregung aller Anwesenden: Nach tausendjährigem Zusammenleben müssen wir uns trennen, aber in uns allen lebt die Ueberzeugung, daß wir uns wieder vereinigen werden. Nach der Rede des Präsidenten wurde die Sitzung zum Zeichen der Trauer geschlossen. Auch die magyarische Hauptstadt beging das denkwürdige Datum in großer Trauer. Um 9 Uhr vormittags begannen die Glocken in allen Kirchen zu läuten. Alle Verkehrs-mittel standen zehn Minuten stille und ebenso ruhte in den staatlichen und städtischen Ämtern die Arbeit 10 Minuten lang. Abends waren die Theater und Vergnügungsanstalten gesperrt.

Eine Rechtsverwahrung der deutschen Abgeordneten im tschechoslowakischen Parlamente.

In der Sitzung der tschechoslowakischen Abgeordnetenkammer gab Dr. Lodgeman in der Erörterung über die Regierungserklärung im Namen der deutschen Abgeordneten folgende Erklärung ab: Als gewählte Vertreter des im tschechoslowakischen Staate unterdrückten deutschen Volkes können wir keines der ohne unsere Mitwirkung beschlossenen Gesetze als für uns verbindlich anerkennen. Die staatsrechtlichen Rechte und Freiheiten der Nationen dieses Staates sind heute noch ungelöste Probleme, welche einzig und allein vom Gesichtspunkte wahrer Demokratie und ungehinderter nationaler Freiheit gelöst werden können. Wir verwerfen die Fabel vom rein tschechischen Staate, von der tschechoslowakischen Nation und von der tschechoslowakischen Sprache als mit den Tatsachen handgreiflich im Widerspruche stehend. Wir werden niemals die Tschechen als Herren anerkennen, niemals uns als Knechte in diesem Staate fügen. Unrecht kann auch durch tausendjährige Übung niemals Recht werden; wir werden niemals aufhören, die Selbstbestimmung unseres Volkes zu fordern. Von diesem obersten Grundsatz werden wir alle unsere Maßnahmen und unser Verhalten zu diesem Staate abhängig machen; den gegenwärtigen Zustand betrachten wir als unser

unwärdig und mit den Grundsätzen moderner Entwicklung unvereinbar. Dies als Vermächtnis jenen zu hinterlassen, welche nach uns kommen werden, halten wir für unsere heiligste und unverbrüchlichste Pflicht.

Ein Millionenpanama in Prag.

Gegen den Sohn des früheren Finanzministers Dr. Rafin, Dr. Jaroslav Rafin, wurde eine Untersuchung eingeleitet, weil er sich mit Ausfuhr- und Durchfuhrbewilligungen, die er einer ganzen Reihe von Leuten vermittelte, befaßte, wobei der Staat einen Verlust von vielen Millionen erlitten hat. Die Angelegenheit ruft ungeheures Aufsehen hervor.

Die Karpathorussen.

Der tschechoslowakischen Republik sind auch einige fast durchaus ruthenische Bezirke in den Karpathen angegliedert worden, durch die die Tschechoslowakei die unmittelbare Angrenzungen an Ostgalizien, das man als zur Ukraine gehörig betrachtete, also die Verbindung mit dem Osten mit Umgehung Polens, gewinnen wollte. Diese Karpathorussen sind auch die einzigen, die nach dem Friedensvertrage eine autonome Stellung in der Tschechoslowakei erhalten sollen. Die Durchführung dieser Bestimmung scheidet aber Schwierigkeiten zu bereiten. Der Führer der Karpathorussen, August Wolosin, äußert sich darüber folgendermaßen: „Die Verhandlungen, die wir vor einiger Zeit in Prag mit der Regierung geführt haben, sind in einigen Punkten bis zur Einigung geblieben, in anderen stehen sie noch offen. Unsere Wünsche kann man in zwei Gruppen einteilen, in jene, welche die Autonomie betreffen und in jene, die sich auf die Bestimmung unserer Grenzen beziehen. Den Begriff der Autonomie deuten wir so, daß nicht nur die Finanz-, Herrens- und auswärtigen Angelegenheiten in unseren eigenen Wirkungskreis fallen, sondern auch das Gerichtswesen und die Verwaltung des Staatsbesitzes von uns allein geregelt wird. Bezüglich der Grenzregulierung fordern wir, daß alle rufinischen Stammesverwandten in Wirklichkeit mit uns leben müssen. Das ist eine Kardinalvoraussetzung unserer Gemeinschaft mit der tschechoslowakischen Republik und von dieser Forderung geben wir auch nicht ein Jota her. Wir bebauern sehr, daß wir die Deutschen Böhmens nicht an unserer Seite finden, ja daß wir von ihnen eine ausgesprochene Unterschätzung erfahren. Die Deutschen Böhmens täten gut daran, mit uns vereint zu arbeiten und die politischen Vorteile eines solchen Bündnisses zu ihren Gunsten auszunützen.“

Aus Stadt und Land.

Die deutschen Ortsnamen in Jugoslawien müssen, wie die Laibacher Postdirektion einem slowenischen Blatte mitteilt, im internationalen Postverkehr von den jugoslawischen Postämtern insoweit anerkannt werden, bis der Weltpostverein, dem auch unser Staat angehört, ein neues Verzeichnis der Ortsnamen herausgibt. Gegenwärtig ist zufolge der Berner Postkonvention noch immer das alte Verzeichnis in Geltung, in welchem die jugoslawischen Orte ausschließlich oder gleichzeitig auch in deutschem Wortlaute angeführt sind.

Die neuen Postgebühren, die mit 16. Mai 1920 für das Inland nun reguliert d. h. „selbstverständlich“ erhöht wurden, werden nunmehr mit 10. Juni auch im Verkehr mit dem Auslande in die Höhe geschraubt. Der Widerspruch, daß, wie wir unlängst so nebenbei erwähnten, ein Brief nach Peking geringer zu frankieren ist, als beispielsweise nach Gaborje, ist jetzt zwar beseitigt, aber natürlich in einer Art, die bei der gesamten Bevölkerung nur sehr wenig Freude und Zustimmung auslösen wird. Den neuen internationalen Posttarif selbst bringen wir an einer anderen Stelle unseres Blattes.

Neue Postmarken und andere Postwertzeichen werden in der nächsten Zeit von der Laibacher Postdirektion in Dinar- und Parawährung ausgegeben. In sechs Wochen werden alle Serien in dieser Währung erhältlich sein.

Neue Stempelmarken werden mit dem 16. Juni in Verkehr gebracht; und zwar werden Stempel zu 2, 5, 8, 10, 20, 30, 40, 50 und 60 Para und zu 1, 2, 3, 4, 5, 10, 12, 15, 20, 24, 30, 40, 50 und 100 Dinar ausgegeben. Die Stempel werden im Verhältnisse von 1 Dinar = 4 Kronen verkauft werden.

An der städtischen Volksschule werden die Schlußprüfungen für jene Schüler und Schülerinnen, welche Privatunterricht genießen, am 24. Juni um 2 Uhr nachmittags vorgenommen werden. Die

Schüler sind für die Prüfung am 14. Juni um 8 Uhr vormittags anzumelden.

Der Verein der Hausbesitzer von Cilli und Umgebung wurde in der gründenden Versammlung am 5. Juni auf Grund der vorgelegten Satzungen konstituiert. In den Ausschuss, der sich aus deutschen und slowenischen Hausbesitzern zusammensetzt, wurde Herr Anton Volasnik als Obmann gewählt. Dem Vereine sind bisher 187 Hausbesitzer beigetreten. Die Beitrittsgebühr beträgt 10 K, der Jahresbeitrag wird von der Jahreshauptversammlung festgesetzt.

Zeichen der Zeit. Nach der Vergiftungsaffäre Friedrich Perko, die in Laibach monatelang das Tagesgespräch bildete, hat nun auch Cilli einen ähnlich düsteren Gesprächsstoff erhalten. Das vierjährige Gemetzel auf dem Schlachtfelde hat in gebrechlichen oder defekten Naturen die letzten Schranken sittlicher Scheu niedergerissen, die das Edele im Menschen von der Bestie trennen, die Mammonfülle des Schieber- und Schleihändlerwesens ist nur der Antrieb, die erste Gelegenheit zum arbeitslosen Gelberwerb zu erfassen, und die Opfer sind bloß zufällige Figuren im Spiele. Daß auch das erotische Moment, auf das sinnliche Genußleben bei den Verbrechen stimulierend einwirkt, bildet die naturgemäße Ergänzung zu dem Gesamtbilde, das sich in den Einzelheiten einer solchen Schreckensstat abspiegelt. Zu dem Abscheu über das Verbrechen gesellt sich aber bei ebdenkenden Menschen die aufrichtige Teilnahme über die Angehörigen des Täters, die oft nach einem Leben voll Entbehrungen und Leiden ihren redlichen Namen nun in der öffentlichen Meinung der Lästerung und üblen Nachrede preisgegeben sehen. Daß in einer gewissen Presse sogar versucht wird, die schreckliche Tat für nationale Zwecke auszusproten, entspricht einer bei manchen Personen so tief eingewurzelten Gewohnheit, daß man über die Nichtbefolgung mehr staunen mußte als über die Befolgung. — Die Raubmordaffäre, deren Darstellung wir die vorstehenden Ausführungen vorausgeschickt haben, läßt sich, dem Polizeiberichte zufolge, im wesentlichen etwa bergestalt rekonstruieren.

Walter Derganz, der 22jährige Sohn des früheren Stadtkonomen Peter Derganz, war von einer fast unbezähmbaren Geldgier besesselt und hatte sich schon wiederholt in verschiedene Geschäfte eingelassen, die ihm zwar ohne viel Anstrengung Mammon einbrachten, aber zuweilen mit den Strafgesetzen in gefährlicher Kollision standen. So hatte er sich auch vor Wochen dem serbischen Holzhändler Vasil Jovanovic als Vermittler bei einem Holzgeschäfte in Plekowitz angetragen, bei dem Verkäufer und Ware fingiert waren. Schon damals mochte in ihm der Plan aufgetaucht sein, den serbischen Kaufmann, dessen vollgepfropfte Geldtasche ihm in die Augen stach, bei passender Gelegenheit aus dem Wege zu räumen. Die Gelegenheit hierzu bot sich am 4. Juni. Der genaue Hergang der Tat ist, da Derganz vorläufig noch leugnet, noch nicht ganz klargestellt, doch lassen die gepflogenen Erhebungen vermuten, daß er seinen serbischen Begleiter in der Nähe von Arndorf von rückwärts mit der Pistole niedergestreckt und die Leiche sodann in eine leerstehende Ziegelbrennerei geschleppt hat, von wo er sie mittels Wagen, den er samt Pferd am nächsten Tage vom Besitzer Spatzer in Lada um den Betrag von 13.900 Kronen erstehen wollte, an einen gesichteren Ort überführen wollte. Der Wagenhandel zerstückte sich jedoch an der Differenz von 100 Kronen, die Derganz noch hätte zulegen sollen. Am gleichen Tage nachmittags war der mit Gras nur oberflächlich verdeckte Leichnam des Ermordeten in der Ziegelbrennerei entdeckt worden. Der Verdacht fiel sofort auf Derganz, da man bei der Leiche einen von ihm herrührenden Brief fand, in welchem er Jovanovic um einen Vorschuß von 150 K ersuchte; Derganz wurde noch am gleichen Abend vom Wachmann Johann Pegan in der Theatergasse verhaftet. Bei der Selbstdurchsuchung wurde bei ihm eine Geldtasche mit 47.000 K 21 H Inhalt vorgefunden, außerdem wurde erhoben, daß er am Vortage seiner Geliebten, der Kellnerin Anna Nehar im Gasthause „zur Traube“ den Betrag von 20.000 K zum „Aufbewahren“ eingehändigt hatte. Derganz, welcher als Mörder eines Bekannten bezeichnet, dessen Namen er insofern ehrenwörtlicher Verpflichtung nicht verraten dürfe, wurde dem Kreisgerichte Cilli eingeliefert.

Aus der Haft entlassen wurden dieser Tage die anlässlich des Eisenbahnerstreiks arretierten sozialdemokratischen Vertrauensmänner Martinic, Leskovsek und Drozel. Die übrigen neun Vertrauensmänner, die zur gleichen Zeit in Haft genommen worden waren, sind, wie wir in unserer Nummer

vom 2. Mai berichten konnten, bereits zu einem früheren Datum auf freien Fuß gesetzt worden.

Drabtnachrichten der Cillier Zeitung.

Meldungen
des Laibacher Nachrichtenamtes.

Aus der Nationalvertretung.

Belgrad, 7. Juni. Der Vizepräsident Dr. Ribar eröffnet um 5 Uhr 30 nachmittags die 96. ordentliche Sitzung der Nationalvertretung. Sodann werden mehrere Interpellationen verlesen; die eine betrifft die Dienstpragmatik der Beamten, eine andere die Rückkehr der jugoslawischen Soldaten aus Sibirien, eine dritte die ungünstigen materiellen Verhältnisse und die Zurücksetzung der Kriegsfreiwilligen. Der Handelsminister Dr. Nincic beantwortet darauf die Anfrage des Abgeordneten Djordjevic betreffend das Verbot der Lebensmittelausfuhr und betreffend die Errichtung der Zentralausfuhrgenossenschaft. Dr. Nincic erklärt, daß der freie Handel für den Staat schädlich sei, da zunächst die für die Lebensführung der einheimischen Bevölkerung erforderlichen Lebensmittelmengen gedeckt sein müssen. Der freie Handel könne eine ungeheuerere Teuerung und Preissteigerung der Lebensmittel auf die Höhe der Weltpreise hervorrufen. Deshalb sei es notwendig, eine Einrichtung zum Schutze der Produzenten und des Staates zu schaffen. Sodann erläutert der Finanzminister in einem längeren Berichte die Satzungen der Zentralgenossenschaft. Nach der Gültigkeitserklärung von Mandaten wird die Sitzung geschlossen. Die nächste Sitzung wird für Freitag angeordnet mit der Tagesordnung: Wahlordnung.

Ermäßigung des Ausfuhrzolles für Wein.

Belgrad, 7. Juni. Der Ausfuhrzoll für Wein wurde auf 20 Dinar für den Hektoliter herabgesetzt.

Inspektionsreise des Innenministers nach Südserbien.

Belgrad, 7. Juni. Der Innenminister Davidovic reist in den nächsten Tagen nach Südserbien, um sich von der Ausführung der zum Schutze der öffentlichen Sicherheit getroffenen Anordnungen zu überzeugen.

Besuch des Dr. Seton Watson in Laibach.

Laibach, 7. Juni. Der bekannte englische Publizist Dr. Seton Watson ist aus Agram gestern hier eingetroffen. Er wurde als großer Freund der Jugoslawen in allen Kreisen auf das herzlichste begrüßt. Er gedenkt einige Tage in Laibach zu verweilen, um sich mit den politischen und kulturellen Verhältnissen in Slowenien vertraut zu machen. Gestern abends wurde ihm zu Ehren im hiesigen Operntheater eine Festvorstellung gegeben. Darauf begab er sich über Einladung des Journalistenvereines in das Hotel Union, wo ihm zu Ehren ein Bankett veranstaltet wurde. An dem Festessen nahm der Landespräsident Dr. Brejc, Bürgermeister Dr. Tavcar, ferner Vertreter aller Zivil- und Militärbehörden sowie Abordnungen von kulturellen und wissenschaftlichen Organisationen teil.

Blutige Unruhen in Graz.

Graz, 7. Juni. Wegen hoher Eier- und Fleischpreise auf den hiesigen Märkten kam es heute zu lebhaften Protestkundgebungen, welche von Frauen angezettelt wurden. Mehrere Kaufleute und Händler, welche trotz großer Warenvorräte 1 Stück Ei zu 3 K 50 bis 4 K und das Kg. Rirschen zu 15 K verkauften, wurden durchgeprügelt. Die Demonstranten haben sämtliche Waren vernichtet. Sie wandten sich auch gegen die Wachleute, welche die Eier- und Rirschenhändler gegen die Angreifer in Schutz nehmen wollten. Die Demonstranten, gegen 2000 an der Zahl, gingen von Markt zu Markt, um die Herabsetzung der Preise zu erzwingen. Den demonstrierenden Frauen schlossen sich mehrere hundert Männer an, welche auf dem Jakominiplatz die Warenhallen zerstörten oder erdrachten und die dort aufgeschickerten Vorräte unter sich verteilten. Die Geschäftsleute in der inneren Stadt hielten aus Furcht, daß sich die Demonstrationen auch gegen sie wenden könnten, ihre Laden gesperrt.

Graz, 7. Juni. Am Nachmittag kam es in der inneren Stadt und in der zum Hauptbahnhofe führenden Annenstraße zu größeren Menschenansammlungen bedrohlichen Aussehens. Es wurde

daher die Räumung und Absperrung der inneren Stadt verfügt und von 5 Uhr nachmittags angefangen von der Polizei, Gendarmerie und Volkswehr durchgeführt. An verschiedenen Stellen der Stadt wurden Maschinengewehre aufgestellt. Wegen polizeiwidrigen und verletzenden Benehmens wurden mehrere Personen verhaftet. In das in der Annenstraße gelegene Annenhof-Bioskoptheater drangen mehrere Duzend aktionslustiger Personen ein, welche im Theaterraum, in der Garderobe und in den Kassen schweren Sachschaden anrichteten. Die Polizei ging gegen die Erzedenten mit blanker Waffe vor, wobei drei Personen leicht und eine schwer verletzt wurde. Ein Wachmann wurde durch einen Steinwurf verwundet. Eine andere Gruppe von Erzedenten, in welcher sich kommunistisch gesinnte Elemente besonders hervorhoben, zog vor das Parterhaus der sozialdemokratischen Partei in der Mariengasse, um in das Gebäude einzudringen. Mit Hilfe einer Wasserspritze und durch das Einwirken besonnener Leute wurden die Demonstranten von ihrer Absicht abgebracht. Auf der Stadtbücke und dem dahinterliegenden Murplatz waren ein paar tausend Menschen angesammelt, welche in die innere Stadt gelangen wollten. Ein Polizei-, Gendarmerie- und Militärkordon mit Maschinengewehren hielt jedoch die Demonstranten zurück. Die organisierte Arbeiterschaft beteiligte sich an den Ansammlungen nicht.

Graz, 7. Juni. Die auf dem Murplatz angeordnete Menschenmenge nahm gegen die auf der Stadtbücke aufgestellte Polizei- und Militärmannschaft eine drohende Haltung ein und beauftragte die wiederholten Aufforderungen des diensthabenden Polizeieinspektors, auseinanderzugehen, mit höhnischen Zurufen und Beschimpfungen. Gegen 1/8 Uhr abends mußte der Befehl zum Schießen gegeben werden; 2 Personen wurden getötet und 15 verwundet. Die Demonstranten, die nach dem Schießen auseinanderstoben, sammelten sich dann wieder auf dem Murplatz und an der Stadtbücke, die weiterhin abgesperrt blieben.

Graz, 7. Juni. Der Befehl zum Schießen mußte vom Kommandanten der Gendarmerieabteilung erteilt werden, da die Gendarmen mit Steinen beworfen wurden und die Demonstranten sich anschickten, die Gendarmerie anzugreifen. Bisher sind 6 Todesopfer zu beklagen. In den Abendstunden begab sich eine Abordnung der sozialdemokratischen Partei zum Landeshauptmann, um gegen den Gebrauch der Schießwaffen durch die Gendarmerie zu protestieren und die Einleitung einer strengen Untersuchung zu verlangen. Die Landesregierung hat noch in den Abendstunden den Befehl zu noch stärkerer Absperrung der inneren Stadt gegeben. Alle Murbrücken sind bewacht und der Verkehr zwischen beiden durch die Mür getrennten Stadtteilen vollkommen unterbrochen.

Graz, 7. Juni. Die Ansammlungen an den Murbrücken dauerten um 10 Uhr abends noch an. Die dort postierte Gendarmerie war fortgesetzt den Anrennplungen halbwilliger Burschen und rabiater Frauen ausgesetzt. Die Zahl der Todesopfer ist auf sieben gestiegen und zwar befinden sich 6 Männer und eine Frau unter den Toten. Von den Schwerverletzten wurden 15 in das Barmherzigenhospital und 8 in das Allgemeine Krankenhaus gebracht.

Graz, 8. Juni. Die für heute vormittags einberufene Sitzung der steiermärkischen Landesversammlung wurde zum Zeichen der Trauer über die gestrigen Vorfälle nach der Rede des Landeshauptmanns Dr. Hintelen unterbrochen. Der Landeshauptmann erklärte unter anderem: Wir alle stehen unter dem schrecklichen Eindruck der gestrigen Ereignisse. (Die Abgeordneten erheben sich von ihren Sitzen). Einige unverantwortliche Elemente mißbrauchten die traurige Lage des Volkes für ihre verbrecherischen Pläne und verführten Leute, welche sich teilweise der Folgen ihrer Handlungsweise nicht bewußt sind, zu strafbaren Handlungen. Wir beklagen die unschuldigen Opfer und hegen tiefes Mitleid mit den Hinterbliebenen und den Verwundeten. Eine genaue Untersuchung wird eingeleitet. Die Landesregierung ist sich ihrer Pflicht bewußt, die Ordnung und Ruhe unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, und wird alle dazu erforderlichen Mittel anzuwenden wissen. Der Landeshauptmann richtet sodann an die Bevölkerung den dringenden Aufruf und die Bitte, die Landesregierung bei der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu unterstützen.

Ergebnis der deutschen Reichstagswahlen.

Berlin, 7. Juni. Bis 10 Uhr nachts lagen die Wahlergebnisse aus sämtlichen Wahlkreisen vor, denen zufolge als gewählt gelten können: Mehrheits-

sozialisten 86, unabhängige Sozialdemokraten 57, Kommunisten 1, Demokraten 27, Zentrum 44, Bayerische Volkspartei 12, Deutsche Volkspartei 43, Deutschnationale Volkspartei 41, Deutsche Hannoveraner (Welfen) 2, Bayerischer Bauernbund 2. Demnach erhielten die bisherigen Oppositionsparteien (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Unabhängige) zusammen 141 Mandate; die drei Freisheitsparteien 157 Mandate, dazu kommen noch 14 bayerische und hannoveranische Abgeordnete, die dem Zentrum nahesteht.

Erzberger gewählt.

Stuttgart, 7. Juni. In Württemberg wurden in den Reichstag 4 Zentrumsmitglieder gewählt, darunter der frühere Reichsfinanzminister Erzberger.

Ergebnis der bayerischen Wahlen.

München, 7. Juni. Im Staatsministerium des Innern lagen um 5 Uhr nachmittags aus allen acht Wahlkreisen Bayerns folgende Wahlergebnisse vor: Mehrheitssozialisten 301.365 Stimmen, Unabhängige 246.215, Kommunisten 261, Deutsch-Bayerische Volkspartei 839.962, Deutsch-Demo-

kritische Partei 145.200, Bauernbund 163.439, Mittelpartei (Zentrum) 207.636 Stimmen.

Gingefendet

(Aus südslawischen akademischen Kreisen; der Name des Einsenders ist der Schriftleitung bekannt.)

Die antisemitische Bewegung an der medizinischen Fakultät in Zagreb.

Der unaufhörliche Zustrom jüdischen Elementes nach Zagreb und insbesondere die Ueberschwemmung der medizinischen Fakultät mit ungarischen Juden hat nicht nur unter der arischen Studentenschaft, sondern auch unter der christlichen Einwohnerschaft der kroatischen Hauptstadt den entschiedenen Willen zur Abwehr der unser Volkstum und unsere öffentliche Moral bedrohenden jüdischen Gefahr hervorgerufen.

Die jüdischen Studenten sind bekanntermaßen von Budapest gänzlich vertrieben worden; in Wien wurde ihnen, wie erinnerlich, der Aufenthalt durch die antisemitisch gesinnte deutsche Studentenschaft verweigert. Und in Graz waren sie seit jeher ungern gesehene Gäste. Nun ihnen in Deutschösterreich und Ungarn der Boden unter den Füßen zu heiß wurde,

haben sie Zagreb mit ihrer Anwesenheit beglückt und bilden bereits heute über ein Fünftel der Hörschaft an der medizinischen Fakultät.

Diese hebräischen Zuwanderer, denen eine gewisse Bescheidenheit in ihrem Benehmen wohl zustünde, gebärden sich jedoch hoch und herausfordernd und verdrängen die heimischen Studierenden von ihren Plätzen; es ist so weit gekommen, daß Juden sogar Demonstratorienstellen besetzt haben.

Diese und ähnliche Zustände haben die arische Hörschaft veranlaßt, an den akademischen Senat eine Denkschrift zu richten, in welcher sie die sofortige Relegierung der auswärtigen Juden und einen, dem Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung im Staate entsprechend Numerus clausus verlangt.

Die Denkschrift wurde von der Mehrheit der Studierenden einschließlich der deutschen Arier, unterzeichnet und am vergangenen Freitag dem akademischen Senate überreicht.

Diese Aktion ist bloß gegen die Juden gerichtet, hat also keinerlei Spitze gegen die Ausländer überhaupt oder gegen andere nicht jüdische Nationen und wird von der gesamten Presse, mit Ausnahme der philosemitischen, mit Zustimmung begleitet. M. P.

Militärbequartierungsverein der Stadt Celje

Einladung

zu der am **Mittwoch, 16. Juni, um 8 Uhr abends** im Hotel zur Post stattfindenden

Vollversammlung

Bei Beschlussunfähigkeit findet eine halbe Stunde später ebendort eine zweite in jedem Falle beschlussfähige Versammlung statt.

Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht. — 2. Bericht der Rechnungsprüfer. — 3. Wahl der Vereinsleitung. — 4. Wahl der Rechnungsprüfer. — 5. Allfälliges.

Celje, den 8. Juni 1920.

Die Vereinsleitung.

Möbliertes Zimmer

für 1 oder 2 Personen ab 1. Juli samt Verpflegung zu vermieten. Dasselbst ist eine gute Konzertzither samt schönem Etui zu verkaufen. Adresse in der Verwltg. d. Bl. 26013

Suche

möbliertes Zimmer

womöglich separiert, bis 15. Juni. Preis Nebensache. Anträge an die Verwaltung des Blattes. 26004

Zu verkaufen

lichter Sonnenschirm, weisses Kinderkleid, Kindertisch, Tische, Stockerln, Waschtisch, Leiter, Zither, Wäsche, Brunnenhäusel, sowie Nähtisch. Adresse i. d. Verwltg. d. Bl. 26017

Plüschdekorationsdiwan

fast neu, fraisgeblumt, und zwei sehr schöne, dazu passende Wandbilder zu verkaufen. Anzufragen i. d. Verwaltung des Blattes. 26015

Spezereiwaren-Handlung Franz Zangger sucht

Lehrjungen

mit guter Schulbildung.

Pferdeknecht

zum sofortigen Eintritt sucht „Ava“ Zementfabrik, Laško.

Murinsulaner schwere, starke Arbeitspferde (Stuten, Wallachen) Wagen- und Kalesch-Pferde Einspanner

sind ständig billig zu haben durch **Julio Hoffmann, Čakovec (Medjimurje).**

Telegr.-Adresse: Julio Hoffmann, Čakovec

Die neuen Postgebühren im internationalen Verkehre.

Mit 10. Juni 1920 tritt folgende Erhöhung der Postgebühren im internationalen Verkehre in Kraft:

Briefe bis 20 g 50 Para = 2 K; für je weitere 20 g oder einen Teil dieses Gewichtes 30 Para = 1 K 20 h.

Postkarten: 20 Para = 80 h; mit bezahlter Rückantwort (Doppelpostkarte) 40 Para = 1 K 60 h.

Drucksachen, Muster ohne Wert und Geschäftsbriefe für je 50 g 10 Para = 40 h, Mindestgebühr bei Geschäftspapieren 50 Para = 2 K und bei Mustern ohne Wert 20 Para = 80 h; **Einschreibgebühr** 50

Para = 2 K, Gebühr für **Expresszustellung** 60 Para = 2 K 40 h.

Diese internationalen Gebühren gelten im brieflichen Verkehre für alle auswärtigen Staaten mit Ausnahme von Deutschösterreich, Ungarn und Bulgarien. Für diese drei Länder ist der inländische, mit 16. Mai 1920 neu geregelte billigere Posttarif in Geltung. Die tschechoslowakische Republik ist der Begünstigung der inländischen Postgebühren nicht mehr teilhaftig.

Das neue Gesetz über die Kriegs-

:: gewinnsteuer ::

:: in deutscher Uebersetzung ::

ist zu haben

in der

Vereinsbuchdruckerei „CELEJA“ in Celje, Prešernova ulica Nr. 5

Altes Gold und Silber

Gold- und Silbermünzen, Edelsteine und Perlen kauft zu den höchsten Preisen die Gold- und Silberwarenfabrik Franz Pacchiatto in Celje, Gledališka ulica Nr. 4.

Geschiedene Frau mit eigener Wohnung sucht besseren Herrn zu gemeinsamem Haushalt. Anträge an die Verwaltung unter „Häuslichkeit 26014“ an die Verwaltung d. Bl.

Leere Flaschen

$\frac{7}{10}$ Champagner
 $\frac{7}{10}$ Kognak
 $\frac{7}{10}$ Wein-Bouteillen

kauft jedes Quantum Alois Fabian, Celje, Cankarjeva cesta Nr. 4.

Neue Schrotmühle

mit einer Reservewalze, Sortierer, für Kraftbetrieb, ist preiswert zu verkaufen. Anzufragen bei Franz Fuchs, Strossmajerjeva ulica 3.

Offert an Wiederverkäufer

10.000 Stück Sägeschärfescheiben	5.640 Stück Glühlampen
29.600 Bogen Schmirgelleinwand	63 Fass Maschinenöle
42.000 „ Schmirgelpapier	40 „ Zylinderöle
3.260 Rollen Dachpappe	460 kg Nähriemen

technische Bedarfsartikel, chem. Produkte, Elektromaterial

Mit Ausfuhrbewilligung.

Elemér Stignitz

Schmirgelwaren-Fabrik, technisches Engros-Geschäft
Wien, VIII., Langegasse Nr. 32.

Die neuen Preise für Tabakwaren.

Die Preise für Rauchwaren sind neuerdings erhöht worden und zwar die teuren Zigarren um 100 Prozent, die billigeren um 30 Prozent, Zigaretten und Rauchtak um 20 bis 30 Prozent.

Es kostet nunmehr:

1. **Tabak:** 1 kg feinsten türkischer 720 K, feinsten herzogowinischer 480 K, gewöhnlicher feiner türkischer 360 K, feiner herzogowinischer 260 K, mittelfeiner türkischer 160 K, feinsten ungarischer 100 K, mittelfeiner ungarischer 80 K, heimischer Tabak 40 K.

2. **Zigaretten** je 1000 Stück: ägyptische Zigaretten (von 1.30 Gramm) 800 Kronen, Princessas (von 0.90 Gr.) 680 K, Dames (von 1 Gr.) 420 K, Sport (von

1.20 Gr.) 320 K, ungarische Zigaretten (von 1.80 Gr.) 160 K.

3. **Zigarren im Blatt** je 100 Stück: Regalita 480 K, Trabucos 400 K, Britannica 400 K, Operas 360 K, Kuba-Portorico 240 K, Portorico 200 K, Virginia 280 K, Brasil-Virginia 160 K, Virginia 120 K, gemischte Ausländische 80 K, heimische Kurze 60 K. Die angeführten Preise gelten für die Tabakfabriken in Laibach, Agram und Zengg.